

QUARTALSBERICHT

Projektland: Pakistan

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. Pakistan

US-Pakistan Beziehungen: Der Fall Raymond Davis

Mord im Namen Gottes: Pakistan und das Blasphemiegesetz

Sicherheitslage in Pakistan

2. Afghanistan

Besuch des afghanischen hohen Friedensrats in Islamabad

Afghanische Sicherheitskräfte übernehmen Sicherheitsverantwortung

PAKISTAN

US-Pakistan Beziehungen: Der Fall Raymond Davis

Noch im letzten Jahr institutionalisierten die USA und Pakistan einen „Strategischen Dialog“, um zukünftig vor allem in der Terrorismusbekämpfung enger zusammen zu arbeiten (s. QB III/2010). Seit Anfang 2011 sind die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern jedoch so angespannt, dass von Dialog keine Rede mehr sein kann.

Am 27. Januar liefert sich der Amerikaner Raymond Davis eine Verfolgungsjagd mit zwei Motorradfahrern durch Lahore, der etwa 10 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt der Provinz Pandschab. In einem „Akt der Selbstverteidigung“ gegen die zwei mutmaßlichen Räuber, wie Davis später zu Protokoll gibt, erschießt er beide Motorradfahrer. Davis ruft Mitarbeiter des amerikanischen Konsulats zur Hilfe, die in einem zweiten Fahrzeug an den Ort des Geschehens rasen und dabei eine weitere Person überfahren. Ein wütender Mob stellt Davis, der anschließend von der Polizei festgenommen wird.

Zunächst ist unklar wer Davis wirklich ist und welche Motive der Verfolgungsjagd und den Erschießungen zugrunde liegen. Das US-amerikanische Konsulat in Lahore als auch die amerikanische Botschaft in Islamabad geben nur vage und zögerlich

Informationen zur Identität Davis preis. Derweil überschlagen sich pakistanische Medien mit Verschwörungstheorien und Anschuldigungen gegen die USA. Der Fall Davis ist Wasser auf die Mühlen derer, die die Amerikaner seit Jahren der geheimdienstlichen Einmischung in innere Angelegenheiten Pakistans bezichtigen. Der Zwischenfall in Lahore wird als weiterer Beweis der subversiven Tätigkeit der US-amerikanischen Geheimdienste in Pakistan gewertet.

Die pakistanische Regierung stellt der Vorfall vor ein diplomatisches Dilemma. Es beginnt ein wochenlanges Tauziehen zwischen Pakistan und den USA über den diplomatischen Status von Davis. Die US-Regierung beharrt auf Davis diplomatischer Immunität und verlangt die sofortige Freilassung des „Konsulatsmitarbeiters“. Die pakistanische Regierung kompromittiert sich durch den ihr typischen Mangel an Reaktionsvermögen und Entschlossenheit. Niemand in der Regierung will Verantwortung in diesem heiklen Fall übernehmen und entscheiden, ob Davis ohne Anklage freigelassen werden soll. Dies würde in die Hände religiöser Eiferer und Amerika-Kritiker spielen und der Regierung, die ohnehin von vielen als Befehlsempfänger der US-Administration betrachtet wird, weitere Sympathieverluste in der Bevölkerung beschern. Gleichzeitig ist man auch nicht zu der Entscheidung bereit, Davis vor ein ordentliches Strafgericht zu stellen und ggfs. zu verurteilen, da dies einen diplomatischen Notstand mit den USA auslösen würde.

Die Unentschlossenheit der pakistanischen Regierung wird von religiösen Gruppierungen und Parteien genutzt, um landesweit Proteste und Demonstrationen zu organisieren und den Druck auf die Regierung zu erhöhen, Davis nach pakistanischem Strafrecht des kaltblütigen Mordes anzuklagen und entsprechend zu verurteilen. Insgesamt wird die Raymond Davis Affäre in Pakistan zum Inbegriff aller Ungerechtigkeiten stilisiert, die dem Land seitens der US-amerikanischen Regierung angeblich seit Jahren widerfahren. Als nach Wochen von den USA bestätigt wird, dass Davis keineswegs nur ein „technischer Berater“ der Botschaft ist, wie anfangs behauptet, sondern ein Mitarbeiter der *Central Intelligence Agency (CIA)*, sehen sich viele in ihren Vermutungen bestätigt.

Dennoch kommt es am 16. März überraschend zur Freilassung Davis. Grundlage der plötzlichen, außergerichtlichen Einigung ist die im islamischen Recht bei Tötungsdelikten mögliche Zahlung von Blutgeld (diyat). Nach diesem auch in Pakistan geltenden islamischen Recht (Scharia) kann ein Mörder die Familie des Opfers um Vergebung bitten und als Wiedergutmachung für den erlittenen Verlust eines Familienmitglieds die Zahlung von Blutgeld anbieten. Laut Medienberichten zahlen die USA im Fall Davis ein Blutgeld in Höhe von insg. ca. 1,4 Mio. USD an die Hinterbliebenen.

Über die Anwendung von Scharia-Recht zur Lösung des Falls war bereits im Vorfeld spekuliert worden, die Familien der Opfer hatten jedoch eine solche Möglichkeit angeblich abgelehnt. Seit Davis Freilassung sind unmittelbare Familienangehörige der Opfer unauffindbar, sodass nur vermutet werden kann, dass die Höhe der Blutgeldzahlung den entscheidenden Sinneswandel brachte. In jedem Fall entzieht die durch ein islamisches Gesetz legitimierte Freilassung von Raymond Davis den religiösen Gruppierungen die Grundlage für weiteren Protest. Die USA und Pakistan entkommen einer scheinbar unlösbaren Pattsituation.

Mord im Namen Gottes: Pakistan und das Blasphemiegesetz

Am 4. Januar wird Salman Taseer, Gouverneur der Provinz Pandschab, in Islamabad auf offener Straße von seinem eigenen Bodyguard erschossen. Der Attentäter, Malik Mumtaz Hussein Qadri, behauptet alleine gehandelt zu haben. Als Motiv für die Tat nennt er Taseers Eintreten für eine Reform des umstrittenen Blasphemiegesetzes. Überraschend viele Gruppen, unter anderem auch moderate Kräfte und Anwälte, verurteilen die Ermordung Taseers nicht, sondern feiern Qadri als „Helden des Glaubens“.

Die leidenschaftliche öffentliche Diskussion über die Änderung des Blasphemiegesetzes begann bereits im November 2010, als die Christin Asia Bibi, der Lästerung des Propheten Mohammad angeklagt, zum Tod verurteilt wurde. Die Blasphemiegesetze Pakistans zählen zu den strengsten der Welt. Da Formulierungen und Definitionen vage gehalten sind, sind die Blasphemie-Bestimmungen anfällig für Missbrauch. Menschenrechtsorganisationen und Kritiker im Land riefen in der Vergangenheit immer wieder vergeblich zu einer Revision der Gesetze auf. In den meisten Fällen verstehen es die Richter durch eine Verzögerung des Prozesses die Gefühle der Beteiligten so weit zu beruhigen, dass die Angeklagten ohne Strafe wieder entlassen werden.

Der Fall Asia Bibi erlangt Prominenz, als sich der Gouverneur der Provinz Pandschab persönlich einschaltet. Salman Taseer besucht die Frau im Gefängnis und bittet Präsident Asif Ali Zardari in einer formellen Petition um ihre Begnadigung. Auch die Parlamentarierin Sherry Rehman nimmt diesen Fall zum Anlass, eine persönliche Petition zur Änderung der Blasphemiegesetze in die Nationalversammlung einzubringen. Das Engagement der beiden Politiker bleibt nicht unbemerkt. Ab Dezember 2010 mobilisieren mehrere religiöse Parteien, darunter die Jama'at-i Islami (JI) und die Jamiat-Ulema-i Islam (JUI-F) die Bevölkerung gegen eine Gesetzesänderung. Obwohl schon zu diesem Zeitpunkt mehrere Regierungssprecher versichern, dass es zu keiner Revision kommen wird, rufen die Gruppen zu Protesten und Streiks gegen die Änderung des Gesetzes auf, das sie als gottgegeben und deshalb als unantastbar betrachten.

Die Ermordung Taseers setzt die Regierung unter Druck. Wieder einmal ist sie jedoch nicht gewillt, einen klaren Standpunkt gegen Selbstjustiz und stattdessen für Toleranz und einen öffentlichen Dialog zu beziehen. Religiösen Gruppen gelingt es den Diskurs allein auf die Frage zu lenken, ob das Blasphemiegesetz geändert werden darf, wobei sie Änderung mit Abschaffung des Gesetzes gleichsetzen. Die eigentliche Diskussion über Missbrauchsfälle und das moralische Verbot zu Töten wird zu einer Glaubensfrage über „gute“ und „schlechte“ Muslime stilisiert. Reformbefürworter werden eingeschüchert und verunsichert und der dringend notwendige, öffentliche Diskurs wird zum Stillstand gebracht.

Anfang Februar beginnt der Prozess gegen Mumtaz Qadri. Es wird schnell deutlich, dass staatlicherseits kein Interesse an einer Verurteilung Qadris besteht. Der Prozess wird verschleppt und verzögert. Zur gleichen Zeit versichert Premier Yousaf Raza Gilani zum wiederholten Mal in einer Rede vor der Nationalversammlung, dass die Regierung keinerlei Absichten habe – weder in Gegenwart noch in Zukunft – das Blasphemiegesetz zu ändern oder neu zu formulieren. Religiöse Kräfte im Land sehen

sich ermutigt, mit ihrer Politik der Radikalisierung der Bevölkerung und der Einschüchterung von Kritikern fortzufahren.

Die Ermordung des christlichen Ministers für Minderheiten, Shahbaz Bhatti, am 1. März 2011 ist somit eine fast logische Konsequenz. Bhatti war einer der wenigen Politiker und Regierungsmitglieder, die es nach der Ermordung von Taseer noch wagten, öffentlich an einer Änderung der Blasphemiegesetze festzuhalten. Die Attentäter durchsieben Bhattis Dienstwagen beim Verlassen seines Privathauses in Islamabad mit mehr als vierzig Kugeln aus Schnellfeuergewehren. Bhatti ist sofort tot. Die Attentäter lassen Flugblätter am Tatort zurück, auf denen sich die Tehrik-i Taliban Pakistan (TTP) zu dem Mord bekennt und als Motiv Bhattis Kritik an den Blasphemiegesetzen nennt. Die Täter können anschließend vom Tatort fliehen, die Fahndung nach ihnen bleibt erfolglos.

Dieser weitere Akt der Selbstjustiz verdeutlicht nicht nur die katastrophalen Sicherheitsbedingungen in der Hauptstadt Islamabad, sondern unterstreicht eine alarmierende Entwicklung der religiösen Radikalisierung in Pakistan: Opposition und Kritik in religiösen Angelegenheiten wird nicht geduldet und in tödlicher Selbstjustiz geahndet. Infolge der Ermordungen von Taseer und Bhatti unterzieht sich der öffentliche Diskurs zum Selbstschutz zunehmend einer freiwilligen Selbstzensur.

Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Pakistan bleibt auch im 1. Quartal 2011 angespannt. Die Anschlagserien auf Moscheen, Sufi-Schreine und Kritiker der Talibanisierung Pakistans setzen sich auch im aktuellen Berichtszeitraum fort. Am 6. März wird der Schrein des Sufi-Heiligen Akhund Panju Baba im Nordwesten des Landes angegriffen. Bei dem Angriff kommen knapp fünfzig Personen ums Leben. Auch in Lahore kommt es an mehreren kleinen Grabstätten von Sufi-Heiligen zu Explosionen. Am 9. März wird die Trauerprozession der zu Tode gekommenen Frau eines prominenten Gegners der Taliban, Dilawar Khan, am Stadtrand von Peschawar angegriffen. Hierbei kommen 36 Menschen ums Leben, über 100 weitere Personen werden verletzt. Khan ist der Anführer einer anti-Taliban Miliz (lashkar) im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet. Nach dem Anschlag beendet er seine Kooperation mit der pakistanischen Armee und Regierung, die ihn und andere Milizen dabei unterstützten, der Talibanbewegung in den Federally Administered Tribal Areas (FATA) Widerstand zu leisten.

Auch das Doppelspiel von religiös-konservativen Politikern scheint von fundamentalistisch-militanten Elementen nicht mehr geduldet zu werden. So wird Maulana Fazlur Rehman, der populäre Parteivorsitzende der JUI-F, zum Quartalsende Ziel von zwei Selbstmordanschlägen. Am 30. und 31. März wird sein Autokonvoi bei Kundgebungen in den Distrikten Swabi und Charsadda angegriffen. Rehman bleibt beide Male unverletzt, einige seiner Anhänger und Begleiter sterben jedoch. Rehman hatte jüngst seine Bereitschaft zur Kooperation mit anderen politischen Parteien signalisiert, was von militanten Kritikern offensichtlich als Zugeständnis an die Regierung und Akzeptanz des status quo gewertet wurde. Die TTP bekennt sich zwar nicht öffentlich zu den Anschlägen. Da sie jedoch ein fundamental neues, islamisches System in Pakistan vorsieht und jegliche Zusammenarbeit mit der jetzigen Regierung ablehnt, gilt die TTP als Drahtzieher an Anschläge.

Einen weiteren Unruheherd stellt unverändert auch die Handels- und Hafenstadt Karatschi dar (s. QB III-IV/2010). Besonders gegen Quartalsende kommt es zu einer Vielzahl von Auftragsmorden, denen allein im März 2011 mehr als 120 Personen zum Opfer fallen. Die Ermordungen ziehen oft gewalttätige Proteste nach sich und legen die 18-Millionen-Metropole für Tage lahm. Ziel der Auftragsmorde sind nicht nur Mitglieder der Awami National Party (ANP) und des Muttahida Quami Movement (MQM), sondern nun auch Mitglieder der Ahle Sunnat wal Jamaat (ASWJ). Damit scheint der Konflikt neben der ethno-politischen Komponente nun auch eine politisch-sektiererische Dimension anzunehmen. Am 6. März wird ein erfolgreicher Anschlag auf Maulana Ahmed Madni, den Vorsitzenden der ASWJ, und seinen Sohn verübt; nur wenige Stunden später werden zwei weitere Mitglieder der Organisation in Karatschi auf offener Straße erschossen. Medienberichten zufolge ist die ASWJ eine Nachfolgeorganisation der Sipha-e-Sahaba Pakistan (SSP), die als Terrororganisation in Pakistan verboten ist. Madni ist ein Halbbruder des SSP-Gründers. Niemand bekennt sich zu dem Anschlag. Anhänger der ASWJ machen jedoch eine rivalisierende sektiererische Gruppe für die Morde verantwortlich.

Auch die Militäroperationen der pakistanischen Armee in den Stammesgebieten Pakistans sorgen weiterhin für Unruhe und Gegengewalt im Nordwesten des Landes. Im Januar beginnt eine neue Militäroffensive in den Stammesgebieten Kurram und Mohmand. Besonders in Mohmand Agency hatten sich die Aktivitäten von militanten Gruppen in den letzten Monaten gehäuft; Schulen, Soldaten und Kontrollpunkte wurden wiederholt angegriffen.

Wie das UNHCR berichtet, sind bis Anfang Februar ca. 20.000 Menschen aus den Stammesgebieten in Auffanglager geflüchtet. Ende März befinden sich nach offiziellen Angaben ca. 96.000 Menschen in Flüchtlingslagern nahe der Kleinstadt Nowshera. Für Anfang April ist eine freiwillige Rückführungsaktion geplant. Die meisten Flüchtlinge wollen jedoch nicht in ihre Stammesgebiete zurückkehren, da sich die Sicherheitssituation in der Zwischenzeit keinesfalls verbessert hat. Insb. in Khyber Agency hat sich die Lage sogar verschlechtert, da zwischen den zwei verfeindeten extremistischen Gruppen Ansar-ul Islam und Lashkar-e-Islam ein gewaltsamer Konflikt ausbricht und weitere Opfer fordert.

Als Reaktion auf die neuen Militäroperationen nehmen im 1. Quartal 2011 Angriffe auf NATO- und ISAF-Versorgungstransporte auf dem Weg von Karatschi nach Afghanistan neuerlich zu, auch kommt es vermehrt zu Anschlägen auf Geheimdienst- und Militärinstallationen. Am 8. März explodiert eine Autobombe neben dem Büro des Directorate for Inter-Services Intelligence (ISI) in Faisalabad. Einen Tag später sprengt sich ein Junge in Schuluniform auf dem Exerzierplatz der Kleinstadt Mardan in der Provinz Khyber-Pakhtoonkhwa (KPK) in die Luft und reißt 36 Kadetten mit in den Tod. Für beide Anschläge übernimmt die TTP die Verantwortung.

AFGHANISTAN

Besuch des Hohen Rats für Frieden

Vom 5.-10. Januar 2011 besucht eine Delegation des Hohen Friedensrats (High Council for Peace) unter Führung von Prof. Burhanuddin Rabbani Islamabad. Die Delegation trifft u.a. mit Präsident Zardari und Premier Minister Yousaf Raza Gilani zusammen, um über mögliche Friedensperspektiven für Afghanistan zu diskutieren und Pakistan um aktive Hilfe und Mitwirkung beim Friedensprozess zu bitten. Der Besuch dient auch dazu, die gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern grundsätzlich zu verbessern und neues Vertrauen zu schaffen. Im Rahmen der Delegationsreise einigt man sich auf die Berufung einer gemeinsamen afghanisch-pakistanischen Kommission bestehend aus den Außenministern beider Länder, die zukünftig regelmäßig zusammentreten soll.

Dieser Schritt ist bedeutsam, weil insb. der afghanische Staatspräsident Hamid Karzai einer Einbindung Pakistans in den afghanischen Friedensprozess bis dato ablehnend gegenüber stand. Der Hohe Rat für Frieden war im Oktober von Karzai ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, die Interessen der afghanischen Regierung bei direkten Friedensverhandlungen mit aufständischen Talibankräften zu vertreten (s. QB IV/2010).

Der Förderung der afghanischen Friedensinitiative und des afghanisch-pakistanischen Dialogs auf Parlamentsebene dient auch die von den Länderbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad und Kabul Mitte März organisierte Delegationsreise sechs pakistanischer Mitglieder des Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nach Kabul. Im Mittelpunkt der Delegationsreise stehen Gespräche mit Prof. Burhanuddin Rabbani und anderen Mitgliedern des Hohen Friedensrats, sowie Gespräche mit Präsident Hamid Karzai und seinem Außenminister Zalmai Rasoul (s. politischer Sonderbericht vom 22. März 2011).

Afghan. Sicherheitskräfte übernehmen Sicherheitsverantwortung

Am 22. März verkündet Präsident Hamid Karzai, dass die Übergabe der Sicherheitsverantwortung von NATO-Streitkräften an die Afghan National Security Forces (ANSF) planmäßig im Juli 2011 beginnen werde. Die Provinzhauptstädte Herat, Helmand, Laghman und Balkh, sowie die Regionen Bamiyan, Panjshir und Kabul werden als Vorreiter des Prozesses ausgewählt; bis Ende 2014 sollen die restlichen Provinzen Afghanistans folgen.

Auch nach der pünktlich zum afghanischen Neujahresfest inszenierten Ankündigung von Präsident Karzai bleibt es fraglich, ob die ANSF zur Übernahme eigener Sicherheitsverantwortung in Afghanistan tatsächlich in der Lage ist. Die Regierung kann sich bei diesem Vorhaben allenfalls auf die Afghan National Army (ANA) stützen, jedoch nicht auf die Afghan National Police (ANP), die weithin als korrupt, gewalttätig und inkompetent gilt. Grundsätzlich fehlt es den afghanischen Sicherheitskräften an ausreichenden technischen und finanziellen Mitteln. Inmitten von Anschlägen und Kämpfen mit aufständischen Kräften im ganzen Land ist es deshalb unwahrscheinlich, dass die ANA ohne fremde Hilfe die Kontrolle über Afghanistan wird halten können.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass internationale ISAF-Truppen durch die Zunahme von zivilen Opfern bei NATO-Angriffen Ansehen in der Bevölkerung verloren haben und in Afghanistan selbst als ungeeignet zum Schutz der Bevölkerung betrachtet werden. Zu besonderer Empörung kommt es als am 1. März ein US-Kampfhubschrauber das Feuer auf zehn afghanische Jungen eröffnet, die nach Feuerholz suchen. General David Petraeus spricht eine offizielle Entschuldigung für diesen Vorfall aus, die von Präsident Karzai jedoch nicht angenommen wird. Erst als der US-amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates sich während eines Besuch in Afghanistan nochmals für den Vorfall entschuldigt, können die Verstimmungen beigelegt werden. Ähnliche Vorfälle wiederholen sich jedoch und sorgen für nahezu permanenten Unmut zwischen afghanischer Regierung und Bevölkerung einerseits und den USA und internationalen Schutztruppen andererseits.

Als weiterer Spannungsfaktor kommt im Berichtszeitraum die Veröffentlichung von Photographien eines selbsternannten US-amerikanischen ‚kill teams‘ hinzu. Ähnlich wie im Irak posieren US-Soldaten stolz vor den Leichen von unschuldigen Zivilisten, die sie nach eigenen Angaben aus „Spaß“ hingerichtet haben. Trotz offizieller Entschuldigung der US-Armee kommt diese Angelegenheit den USA äußerst ungelegen, denn seit Mitte März verhandeln beide Seiten über die Einrichtung permanenter US-Basen in Afghanistan. Aufständische Talibankräfte in Afghanistan hingegen nutzen diesen und andere Vorfälle, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die ISAF-Truppen dem Land nicht wohl gesonnen sind.

Am 28. Januar wird ein Einkaufszentrum in Kabul angegriffen, das vor allem von Ausländern besucht wird. Am 12. Februar kommt es zu einem schweren Selbstmordanschlag in Kandahar. Am 18. Februar greifen bewaffnete Kämpfer afghanische Soldaten und Polizisten in der Stadt Jalalabad an, die vor einer Filiale der Nationalbank stehen, um ihren Monatslohn abzuholen. Die anschließenden Kämpfe in der Stadt dauern für drei weitere Stunden an. Am 20. Februar sprengt sich ein Selbstmordattentäter vor einem Volkszählungsbüro in Kundus in die Luft und reißt dabei 31 Menschen mit in den Tod. Die Angriffe sollen Afghanen davon abhalten, sich für den Polizei- oder Militärdienst zu melden.

Der Anschlag in Kundus ist besonders verwunderlich, da die Region als von Taliban gesäubert galt. Auch die Unterwanderung afghanischer Sicherheitskräfte durch Taliban manifestiert sich in Kundus. Dies bekommt insbesondere die Bundeswehr zu spüren, als am 18. Februar ein in Bundeswehrausbildung befindlicher afghanischer Rekrut das Feuer auf deutsche Soldaten eröffnet. Drei Soldaten kommen ums Leben. Ein ähnlicher Vorfall ereignet sich am 14. März als ein als Freiwilliger der afghanischen Armee verkleideter Selbstmordattentäter sich vor einem Trainingszentrum im Norden Afghanistans in die Luft sprengt.

Trotz prekärer Sicherheitslage verkünden die USA eine Neupositionierung ihrer Truppen. Statt vieler kleiner Stützpunkte an isolierten Orten soll eine Konzentration auf 80 Schlüsselbezirke erfolgen. Mitte Februar beginnt der Abzug fast aller amerikanischen Streitkräfte aus dem Pech-Tal im Bezirk Kunar an der afghanisch-pakistanischen Grenze. Diese Neupositionierung wird von lokalen Talibankräften als Triumph gewertet, denn das Pech-Tal war zuvor zum Brückenkopf im Kampf gegen die Taliban erklärt worden. Auch das pakistanische Militär äußert Bedenken an der neuen Strategie, denn der Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Kunar bedeutet, dass

sich Talibanverbände in diese Region zurückziehen und von dort Anschläge auf pakistanischer Seite vorbereiten können.

Dr. Martin Axmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan

Unter Mitwirkung von **Sarah Holz**, Koautorin

IMPRESSUM

Erstellt: 19.02.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de